

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Fernsprecher
111

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Der Monat August 50000 M., halbjährlich 300000 M., jährlich 600000 M., Nachzahlung vorbehalten. Ein einzelnes Exemplar 5000 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 4000 M., die Zeilenspalte 10000 M. Mindestbetrag eines Auftrags 20 000 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt maßgebend.

Nr. 181.

Altensteig, Mittwoch den 8. August.

Jahrgang 1923

Die dringliche Währungsreform.

Zur dringlichen Finanz- und Währungsreform macht die „Köln. Zig.“ einen Vorschlag in letzter Stunde, in dem es heißt:

Es bedarf eigentlich keines Wortes der Begründung mehr, daß ein großes Gemeinwesen wie das Deutsche Reich nur gedeihen kann, wenn für alle Geschäftsbeschlüsse, Handlungen und Leistungen ein einheitlicher Maßstab vorhanden ist. Aus der Erkenntnis dieser Notwendigkeit wurde ja im Jahre der Reichsgründung eine im Gesamtgebiete gültige gleiche Währung geschaffen. Seit drei Jahren rechnen wir aber in Deutschland nach mindestens zehnlei, seit einem halben Jahre nach hundertei von Maßstäben, nämlich außer nach Dollar, Pfund, Gulden, Franken, Kronen usw. nun auch noch nach Pechölze, Rindfleisch, Kaffee, Roggen, Holz, Kilowatt, ja sogar nach Eiern, Butter und Quark. Dieser Zustand ist in einem Lande mit dem kulturellen Deutschland einfach unwürdig, und nur der Rückschlag des moralischen Empfindens erklärt es, daß dieser Zustand nicht ganz allgemein schon als unerträglich empfunden worden ist. Im Ausland wird er jedenfalls schon lange so betrachtet. Durch die Vergleichsetzung der Wertigkeit von Naturalien sind wir übrigens bereits in den primitiven Zustand der Wirtschaft, in die reine Naturalwirtschaft, zurückgefallen, wovon die Tauschanzeigen in den Zeitungen seit etwa einem halben Jahre eine beredte Sprache führen, in denen z. B. Lederhandschuhe gegen Butter eingetauscht werden gesucht wird. Dieser Zustand wirkt für Deutschland die Schicksalstrage auf: Soll es endgültig rückwärtige Verbindungen aufsuchen, oder durch einen tüchtigen Schritt sich seiner kulturellen Bedeutung und Verpflichtung wieder bewußt werden?

Um den ganzen Umfang der finanzpolitischen Entartung in Deutschland zu erkennen, lenke man seine Aufmerksamkeit nur auf zwei Tatsachen. Im Monat Juni 1923 sind durch Steuern und Abgaben in Deutschland 1300 Milliarden Mark eingegangen, davon verfiel aber die Steuerverwaltung selbst reichlich die Hälfte, so daß nur 625 Milliarden Mark reine Einnahmen übrig blieben. Die Staatsausgaben im Monat Juni aber erforderten 12400 Milliarden Mark; sie konnten also nur zu 5 v. H. durch die Einnahmen gedeckt werden. Im Laufe des Monats Juli hat sich dieses Verhältnis noch weiter verschlechtert, sowohl in der ersten wie in der zweiten Dekade konnten nur 4 v. H. der Ausgaben gedeckt werden. Das sind einfach skandalöse Zustände, die nicht an Zahlungslosigkeit der Reichsfinanzverwaltung grenzen, die in dem ablehnenden Verhalten gegen rechtzeitige Aufwertung der Steuern zu erkennen ist. Die größte Schuld trifft den Reichsfinanzminister Dr. Herms selbst, der am 5. Mai im Haushaltsausschuß des Reichstags bereits zugab, daß die jährliche Schuld des Reiches in den drei Monaten von Januar bis März von 1481 Milliarden auf 6601 Milliarden Mark gestiegen sei, und daß in dieser Zeit bereits die Reichsausgaben von 6,8 Billionen Mark nur in Höhe von 1700 Milliarden Mark durch Einnahmen gedeckt werden konnten.

Obwohl nun Mitte des Jahres 1922 für den Dollar rund 300 Mark, Anfang Juli 1923 aber dafür bereits 130000 Mark gezahlt werden mußten, ließ sich der Reichsfinanzminister nur mit äußerster Mühe dazu bringen, bei Verabschiedung der neuen Geldwertungsgeetze den Multiplikator für die Einkommensteuer auf das Hundertundzwanzigfache und für die Körperschaftsteuer auf das Hundertdreißigfache des für 1922 zahlbar gewordenen zu bringen, während doch die Gehalts- und Lohnempfänger ständig mit dem Multiplikator des Lohnabzugs ihres Steuer entrichteten! Während der Reichsfinanzminister noch am 6. Juli im Reichstag in diesem Zusammenhang vor einer heftigen Ueberlastung dringend gewarnt hatte, ließ er am 23. Juli schon durch eigene Verordnung den Beschluß des Reichstags vom 20. Juni dahin ergänzen, am 1. August nicht nur das Sechsfache (geteilt in zwei Abschnitte) der endgültig festgesetzten Vermögenssteuer, sondern sofort das Zehnfache des ganzen Betrags als Brotneuzugungsabgabe zu erheben. Während der Minister also am 23. Juli für die strengere Grundlegung der Wertveränderung sich einsetzte, war er am 6. Juli noch nicht dafür zu haben gewesen. Ein größeres Mangel an Voraussicht und an Achtungslosigkeit ist nicht denkbar.

Auch eine zweite Tatsache für die finanzpolitische Entartung in Deutschland darf hier nicht doreinhalten werden. Sie besteht in einem beinahe grotesk wirkenden Vergleich mit dem Ausland. Das holländische Flottengeheiß hat den Bau von sechs Kreuzern vor, die 300 Millionen Gulden kosten sollen. Nach dem Kurse der im Delirium stehenden Papiermark sind das heute 127 Billionen Papiermark. Wir besitzen aber nur 40 Billionen Papiermark. Deutschland wäre also mit seinen Zahlungsmitteln heute nur in der Lage, zwei Kreuzer zu bauen, im übrigen müßte es sich Zahlungsmittel vom Ausland leihen. Die ganze deutsche Produktionskraft wäre nach dem Kurswert der Mark also heute etwa von der Reichslosigkeit derjenigen Albanens. Davon sieht man, wie sich finanzpolitische Unfug und Unfug in wirtschaftlichen Blödsinn umlegt.

Am 6. Juli hat sich der Reichsfinanzminister noch gegen das allernötigste Ausmaß der Steuervorauszahlungen gestäubt, oder seine maßgebenden Räte waren es, und am 30. Juli schon bewilligte das Reichskabinett das Doppelte und Höhere der Sätze. Es wäre erfreulich, wenn man in so kurzer Zeit endlich die Ueberzeugung von dem wirtschaftlichen Unfug der Notensinfur gewonnen hätte, denn mit der Größe der den Zetteln aufgedruckten Zahlen steigt auch die unproduktive Arbeit bei der Herstellung und Zirkulation dieser Mittel. Dieses Minus zu dem in Deutschland schon längst vorhandenen Minderertrag vermindert die Inflationsteuer zu einer echten Leertüte. Denn allein bei der Sparskasse zu Köln mußten in den letzten Tagen plötzlich neue Hilfskäse eingestellt werden, bei der Straßenbahn nicht viel weniger. Alle sind sie gezwungen, unproduktive Arbeit zu leisten. Dabei ist zu bedenken, daß die Papiermark heute nur noch den 20. Teil der österreichischen Krone wert ist, und daß wir im Maße der Inflation nur noch knapp dreiviertel Jahr hinter Rußland zurück sind, also so wie wir bis vor kurzem noch im Verhältnis zu Oesterreich standen. Da man bei diesem Stande der Dinge in Rußland schon zu einer Devaluation geschritten war, so ist es augenscheinlich, daß jetzt auch in Deutschland ein etwas gleiches tun muß.

Das Schicksal hat es gewollt, so paradox es klingt, daß Deutschland in absehbarer Zeit gar kein Interesse mehr an einer Besserung der Mark besitzt. Deutschland ist auf dem bisherigen Wege nach zwei vergeblichen Versuchen außer Landes, nochmals eine Stabilisierung der Mark zu versuchen. Sie kann nicht gelingen, weil dazu auch wirtschaftliche Mittel nötig sind, nicht nur finanzielle, aber die Deutschland infolge des Ruhestreiks nicht mehr verfügt. Also bleibt Deutschland als einziges Mittel noch die Devaluation. Da nun das Ausland der Meinung ist, daß die deutsche Papiermark trotz aller entgegenstehenden Gründe nur den 25000. Teil einer Goldmark wert sei, so hat heute das Deutsche Reich keinen Grund mehr, dem Ausland diese Freude zu missgönnen.

Als erster Schritt zur Devaluation (Entwährung) empfiehlt sich deshalb eine Erklärung der deutschen Regierung, daß sie für 250 000 Papiermark eine Goldmark zahle. Da von den ausgegebenen 40 Billionen Mark Noten wahrscheinlich ein großer Teil verschwunden ist, so könnte schließlich die Devaluation auch zu 300 000 vorgenommen werden. Während Deutschland früher bei dieser Maßnahme auf die ausländischen Inhaber deutscher Noten hätte Rücksicht nehmen müssen, ist das heute nicht mehr nötig, weil die Ausländer sich durch unerhörte Baissespekulation längst schädlos gehalten haben, wie der heutige Stand des Dollars zeigt. Deutschland braucht also für die Zwecke der Devaluation keine ausländische Anleihe mehr abzuwarten. Die zur Devaluation heute nötigen 200 Millionen Goldmark kann das Deutsche Reich mit Leichtigkeit aufbringen. Es braucht aber nicht so weitberzig zu sein, bares Gold dafür auf den Tisch zu legen. Wir können vielmehr auf den Vorschlag von Dr. Weg zurück, Goldzertifikate auszugeben. In Anbetracht der physischen Ferkaltung unserer Bevölkerung und in Anbetracht des militärischen Drucks auf unser Wirtschaftsleben empfiehlt es sich aber, die Zertifikate nicht auf 4,20 Goldmark gleich 1 Dollar, sondern auf 1 Goldmark gleich ein Zehner-Dollar auszustellen, so daß also die neue Goldmark nur 42 Biennae gelten würde.

Wir erkennen aus allen diesen Ueberlegungen, daß Deutschlands Lage heute nicht mehr allein durch eine Finanzreform gebessert werden kann, sondern daß die Besserung nur in Verbindung mit einer Währungsreform eintreten kann. Als erster Schritt dazu kann die Goldanleihe des Reiches betrachtet werden, deren Nutzen wir neben anderen Vorteilen schon dahin kennzeichnen, daß ihre Stücke dem Großhandel und ihre Zinscheine dem Kleinhandel als vollgültige Zahlungsmittel dienen können. Sie schafft etwa 1000 Millionen Zehnerdollar-Mark, so daß wir mit den Goldzertifikaten und den Papiernoten schon fast zwei Milliarden Goldmark Umlaufmittel besitzen.

Die französische Sechenregie.

Der Ruhrkampf tritt in ein neues Stadium. Wenn die Franzosen jetzt den Versuch machen, deutsche Sechen und Lokereien zu beschlagnahmen und in eigener Regie zu betreiben, so ist das mehr als eine wirtschaftliche Kampfmaßnahme. Die Frankfurter Zeitung schreibt dazu:

Seit sechs, sieben Wochen ist der französische Abtransport von Kohle und Kohle dauernd zurückgegangen, weil die Vorräte auf den Halben sich immer mehr erschöpfen. Auf deutscher Seite hatte man kein Interesse, diese Vorräte zu ergänzen. Die Lokerei wurde also fast völlig eingestellt und die Kohlenförderung entsprechend begrenzt. So lag für die Franzosen der Gedanke nahe, analog den Vorgängen bei der Eisenbahn, nun auch die Lokerei und die Kohlenförderung in eigene Regie zu nehmen.

Bei der Eisenbahn hat es schon Monate gedauert bis wie Regie einen einigermaßen gesicherten und regelmäßigen, wenn auch im Anfang noch recht beschränkten Betrieb auf die Beine stellte. Kohle- und Kohlenenergie aber fordern eine sehr viel größere Arbeiterzahl; hofft man die wirklich aus Frankreich einführen zu können? Die deutschen Arbeiter dieser Produktionszweige erklären jedenfalls, unter französischer Regie ebensoviele arbeiten zu wollen, wie die Eisenbahner das irgendwo getan haben. Von den Angestellten und Ingenieuren gilt natürlich das Gleiche. Dabei handelt es sich nicht bloß um die eigentliche Produktion von Kohle und Kohle, sondern ebenso wesentlich ist eine Anzahl Hilfstätigkeiten. Man bedarf der Lieferung von Dampf und Elektrizität. Werden sie der französischen Regie geliefert werden? Das ist nicht wahrscheinlich. Wird sie sich selbst Ersatz schaffen können? Das wird keine leichte Aufgabe sein, und die Frage kennzeichnet nur eine unter zahlreichen Schwierigkeiten, die den neuen Methoden französischer Gewaltpolitik im Wege stehen werden. Man hat in Paris Anlaß genug, diesen Versuch einer Sechenregie in militärisch besetztem Land als „eine sehr delikate Operation“ zu bezeichnen.

So „delikat“ erscheint in Wirklichkeit die neue Methode, so ansichtslos ihr praktisch wirtschaftlicher Erfolg, daß die Vermutung sich aufdrängt, es komme den Franzosen gar nicht auf diesen wirtschaftlichen Erfolg an, sondern auf die politischen Folgen, die ein solcher Eingriff in das Wirtschaftsleben, in das soziale Gefüge des Ruhrgebietes notwendig nach sich ziehen muß. Der Gedanke liegt nahe, daß die Versuche aktiver Abwehrmaßnahmen, die man bei den Eisenbahnen erlebt hat, in Sechen und Lokereien sich wiederholen, vielleicht vermehrt und verstärkt sich wiederholen werden. Fürchten oder hoffen das die Franzosen? Poincarés offen eingekundene Erdrosselungspolitik gegenüber Deutschland geht ja im besonderen darauf aus, die Menschen an Ruhr und Rhein immer mehr in Bergweisung zu treiben. Nachdem es jetzt auf deutscher Seite gelungen zu sein scheint, den Attentaten auf Eisenbahnen und Eisenbahnfrieden ein Ende zu machen, hofft die französische Politik offenbar, die Bergarbeiter an der Ruhr zu aktiven Handlungen anzureizen, die dem General Degoutte Vorwand zu immer weiteren und schärferen Gewaltmaßnahmen bieten sollen. Schon erwartet man Massenausweisungen dieser Arbeiterschaft, für die das noch furchtbarer werden wird als für die Eisenbahner, weil der Bergarbeiterberuf nun einmal an den Ort gebunden ist. Kommen dann noch Handlungen aktiver Abwehr hinzu, so wird das französische Militärregiment es nicht an scheußlicher Bedrückung und Quälerei der gesamten Ruhrbevölkerung fehlen lassen. Wahrscheinlich

Ich bedarf es dazu nicht einmal wirklicher Attentate und aktiver Sabotageakte. Es ist ohnehin wohl anzunehmen, daß dieser Regiebetrieb mit ganz unzureichendem fremdem Personal nicht funktionieren und zu mörderischen Unfallsfällen führen wird, zumal die Zechen und Kolereien vermutlich nicht in dem ordnungsmäßigen Zustande vorfinden werden, der sonst bei friedlichem Besitzwechsel üblich sein würde. Mit alledem rechnet man wohl auch auf französischer Seite, und daraus glauben wir schließen zu dürfen, daß die zu erwartenden Zwischenfälle den Herrn Voicard und Degoutte nicht unwillkommen sein werden. Sie brauchen jetzt Zwischenfälle. Sie suchen nach Anlässen zu verstärkter Gewaltanwendung. Mit allen Mitteln soll das deutsche Volk in die Knie gezwungen werden.

Neues vom Tage.

Ablehnung der Grenzregie durch die Bergarbeiter.
Berlin, 6. Aug. Die neue Verordnung Degouttes über die Beschlagnahme der Bergwerke hat im passiven Widerstand eine völlig neue Situation geschaffen. In Bergarbeiterkreisen herrscht die Ansicht vor, daß die neue Regie tastend vorgehen und sich auf Zechen mit Kolereien beschränken wird. Die neue Regie wird aber auch in kurzen der Notwendigkeit gegenüberstehen, zu fördern, wenn der Rest der Zechen vorwärts verbraucht ist. Die Bergarbeiter erwarten die neue Entwicklung mit Zuversicht und ist weit davon entfernt, unter französischer Regie zu fördern, entschlossen, den Plan der Regieproduktion zu durchkreuzen. Die Bergarbeiter rechnen mit der Ausweisung unter Umständen ganzer Kolonien.

Neuer Weinraub.

Witten, 7. Aug. Am 3. August wurden auf der Seche Bergmannstraße Lohngehälter in Höhe von 400 Millionen M. beschlagnahmt.

Am 4. August schossen französische Offiziere auf Soldaten, die im Begriffe waren, ein deutsches Mädchen zu vergewaltigen. Als sie der Offiziere ansichtig wurden, flohen die Soldaten, worauf die Offiziere auf sie schossen.

Repressalien wegen eines Dynamitfundes.

Essen, 7. Aug. Von den Franzosen wird bekanntgegeben, daß französische Agenten in einem Fenster des Kohlenyndikats, welches nach der Syndikatstrafe zerlegt ist, 10 Kilogramm Dynamit gefunden haben. Der französische General hat deshalb in den Straßen hinter dem Kohlenyndikat von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens den Straßenverkehr untersagt.

Eine neue rheinische Vertretergruppe.

Düsseldorf, 7. Aug. Die Tagung der Sonderbündler in Koblenz hat zur Zersplitterung im Separatistenlager geführt. So hat sich in Düsseldorf aus bisherigen Anhängern von Smeets unter dem befohlenen Protektorat der Franzosen die sog. Rheinische Unabhängigkeitspartei gebildet, die mit einem Aufruf und einem Wochenblatt, das „Freie Rheinland“, an die Öffentlichkeit tritt. In dem Aufruf stellt die Parteileitung folgende Forderungen auf: 1. Gründung eines selbständigen unabhängigen Freistaates, 2. Bürgerrechtliche Garantierung der Unabhängigkeit und Neutralität, 3. sofortige Verhandlung mit den Besatzungsmächten Belgien, England und Frankreich. Ein Rechtsanwalt und ein Hauptmann haben den Rahmen unter den repräsentativen Aufruf gesetzt.

Die Vertragswidrigkeit des Ruhrabbruchs.

London, 7. Aug. Das englische Regierungsblatt, der „Daily Telegraph“ stellt die Vertragswidrigkeit des Ruhrabbruchs durch Frankreich und Belgien fest.

Paris in Erwartung.

Paris, 7. Aug. In industriellen Kreisen wartet man mit Spannung auf die ersten Auswirkungen der Degoutteschen Verordnung. Die genannten Kreise legen diesem Versuch große Bedeutung bei, weil es sich nach ihrer Ansicht nunmehr herausstellen wird, ob die Beschaffung ausreichender Mengen Kohle und Koks für die französische Industrie trotz des passiven Widerstands auf die Dauer gesichert werden kann. Im allgemeinen wird dieser Versuch ziemlich skeptisch beurteilt. „Journée Industrielle“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Besatzungsbehörden mit der Arbeitsniederlegung der deutschen Arbeiter in den Gruben und Kolereien gerechnet und die Ausbeutung mit Hilfe von eigenen Arbeitern entsprechend vorbereitet haben.

Spielversprechend.

Paris, 7. Aug. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat an Präsident Millerand ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm persönlich und der französischen Nation herzlichstes Wohlwollen wünscht.

Ein Vorschlag Keynes.

London, 7. Aug. In der „Times“ schlägt der bekannte englische Volkswirtschaftler Keynes zur Lösung der Reparationsfrage folgenden Weg vor: Alle bisher ausgetauschten Korrespondenzen sind zu zerreißen und eine Lösung auf folgender Grundlage vorzunehmen: Frankreich würde die Ruhr räumen. Die deutsche Schuld wäre auf 50 Milliarden Franken festzusetzen. Die Reparationskommission wird neu gebildet und ein amerikanischer Delegierter in diese aufgenommen werden. England würde auf alle Kriegsguthaben gegenüber den Alliierten verzichten.

Grundsätze Coolidges.

London, 7. Aug. Die „United Press“ veröffentlicht einige der Grundsätze des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Coolidge hält die folgenden Grundsätze: 1. Er widersetzt sich mit aller Kraft dem Beitritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund, 2. trete er für die Beteiligung an dem internationalen Gerichtshof ein jedoch unter Vorbehalt, wobei er geltend mache, daß der Beitritt der Vereinigten Staaten zu diesem Gerichtshof in keiner

Weise den Beitritt in den Völkerbund nach sich ziehen dürfte, 3. Coolidge werde sich für die Widerstattung der interalliierten Schulden unter angemessenen Bedingungen verwenden. Die bereits amortisierten Schulden oder die Vereinbarungen, welche zum Teil schon verwirklicht worden sind, wie die belgischen Schulden und die finnländischen, kommen nicht in Frage, 4. Coolidge wird einem Meinungsaustausch über die Ruhrfrage nicht beitreten, es sei denn, daß sämtliche interessierten Mächte ihn dazu auffordern, 5. er werde für die Wiederannahme der Beziehungen mit Moskau eintreten, sobald die augenblicklich schwebenden Verhandlungen beendet sind, 6. sei der Präsident ein Anhänger der Prohibition, doch sei er bereit, den fremden Schiffen für den Transport von alkoholischen Getränken besondere Genehmigung zuzugestehen. Die „United Press“ hebt hervor, daß Coolidge 1920 für den Völkerbund große Sympathien an den Tag legte, daß er aber nachträglich sich den Standpunkt Hardings zu eigen machte.

Die Türkei und Amerika.

Sauanne, 7. Aug. Bei dem am Montag unterzeichneten türkisch-amerikanischen Vertrag handelt es sich um ein allgemeines Abkommen, das die Grundsätze für die zukünftigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei aufstellt sowie um einen Auslieferungsvertrag. Nach der Unterzeichnung hielt der amerikanische Gesandte in Bern eine Ansprache, in der er seiner Begeisterung Ausdruck gab, daß nunmehr die Beziehungen zwischen einer älteren und einer jüngeren Demokratie auf selbständiger Grundlage wieder hergestellt werden.

Die heutige Reichstagsitzung.

Berlin, 7. Aug. Die Sitzung des Reichstags, die am Mittwoch nachmittags 3 Uhr beginnt, wird zunächst eine allgemeine politische Erklärung des Reichskanzlers bringen. Dann wird Reichsfinanzminister Dr. Hermes, wohl auch nur in großen Zügen, sein bereits bekanntes Finanzprogramm ankündigen. Die Vorlagen werden im einzelnen erst in den folgenden Tagen dem Plenum zur Durchberatung unterbreitet. Am Dienstag nachmittags fand ein Empfang der Parteiführer beim Reichskanzler statt, dessen Ergebnis die endgültige Haltung der Parteien bestimmen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch wesentliche grundsätzliche Änderungen an dem Finanzplan des Kabinetts aus dieser Besprechung hervorgehen, die dann bei der Vorlage im Reichstag bekannt gegeben werden.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin, 7. Aug. Die Parteiführer waren, wie die „Zeit“ meldet, am Dienstag vormittags bei dem Reichskanzler versammelt und berieten in einer mehr als dreistündigen Konferenz über die gegenwärtige politische Lage. Im Gegensatz zu früheren Gespögenheiten waren alle Parteien zusammen eingeladen und durch ihre Vorsitzenden vertreten. An der Besprechung nahmen teil: Abg. Dr. Marx (Zentr.), Abg. Hermann Müller (Soz.), Abg. Petersen (Dem.) und Abg. Dr. Stresemann (D.Vp.). Die Verhandlungen galten vor allem einer Erörterung der Frage, wie durch die von der Regierung geplanten Steuern und durch die Ausgabe einer wertbefähigten Anleihe der fortschreitenden Inflation und ihren verwerflichen Wirkungen zu steuern sei. Es ergab sich volle Uebereinstimmung darüber, daß die Goldanleihe des Reiches durch die von der Regierung bereits namhaft gemachten Garantien und durch sofort flüssig zu machende Steuern auf feste wertbefähigte Basis gestellt werden müsse. Ebenso ergab sich Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Steuerleistung selbst. Auf Grund der Besprechung kann man also mit einer Verabschiedung der wichtigsten Gesetzentwürfe durch den Reichstag noch im Verlauf der nächsten Tage rechnen.

Dr. Cuno an Dr. Zeigler.

Berlin, 7. Aug. Die am 18. Juli veröffentlichte Mitteilung zu den Presseerörterungen über die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges hat die sächsische Regierung zum Anlaß eines Schreibens an die Reichsregierung genommen, das von der sächsischen Staatskanzlei alsbald der Presse übergeben wurde. Auf dieses Schreiben hat der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten nachstehende Antwort gerichtet: „Die am 18. Juli veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung hat sich dahin gewendet, daß mit einer gewissen Selbstständigkeit in steigendem Maße öffentlich die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtert wurden. Der Hoed der Verlautbarung war, vor der Fortsetzung eines solchen außen- und innenpolitisch gleich schädlichen Verfahrens zu warnen und der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß die Reichsregierung bereit und in der Lage ist, allen Versuchen einer gewaltsamen Auseinandersetzung und allen Anschlägen gegen den Bestand des Reichs mit Erfolg entgegen zu treten. — Die Aeußerungen der Besorgnis darüber, daß es zu schweren Konflikten kommen könne, waren der Reichsregierung insbesondere auch aus Sachsen und Thüringen zugegangen. Aus diesem Grunde wurde in der Verlautbarung besonders darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen bemüht sei, und daß sie es in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lasse.“

Was Sachsen anlangt, so darf ich zur Begründung dieses Hinweises an die bedenklichen Erörterungen über die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erinnern, die der sächsische Polizeidirektor Schilling in der „Globe“ veröffentlicht hat. In der zwischen uns bereits erteilten Rede in Niederplanitz vom 18. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, auch nach der in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 20. Juni von Ihnen abgegebenen Erklärung von kommenden innenpolitischen, äußerst blutigen Auseinandersetzungen und davon gesprochen, daß der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen würde u. a. Gerade gegenüber der hieraus entstandenen Be-

unruhe, die weit über Sachsen und über die Angehörigen einzelner Parteien hinaus entstanden ist, hat die Reichsregierung in ihrer Verlautbarung vom 18. Juli für notwendig befunden, besonders auf die Beziehungen zu Sachsen hinzuweisen. Die bereits in der mündlichen Erörterung habe ich auch hier zu erklären, daß die Reichsregierung es als ihre erste Pflicht gegenüber dem Reiche betrachten muß und wird, die Staatsordnung und Verfassung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.“

Aus Stadt und Land.

Altensteck, 8. August 1921

— Die Reichsindexziffer für Juli. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung stellt sich nach den Berechnungen des Stat. Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juli auf 37 631 gegenüber 7850 im Durchschnitt des Monats (1913/14 — 1). Die Steigerung beträgt somit 392,2 v. D. Die Lebenshaltungskosten ohne die Bekleidung sind auf das 33 300fache, die Ernährungskosten allein auf das 46 500fache gestiegen. Ende Juli (30.) hatten die Gesamtlebenshaltungskosten schon das 71 476fache der Vorkriegszeit erreicht.

— Schüler höherer Lehranstalten für das Handwerk. In einer Bekanntmachung der Ministerialabteilung der höheren Schulen Württembergs wird über die Zuführung von Schülern höherer Lehranstalten zu handwerklichen Berufen gesagt: Vielen Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, die vor der Berufswahl stehen, wird ein Hinweis darauf von Nutzen sein, daß sich ihnen zurzeit im Handwerk ausrichtreiche und günstige Berufsmöglichkeiten bieten. Das Handwerk spielt auch heute noch eine sehr wichtige Rolle in unserem Erwerbsleben, daß seinem Nachwuchs eine auskömmliche und geachtete Lebensstellung gesichert ist. Besonders wünschenswert ist, daß sich technisch und künstlerisch begabte Knaben und Mädchen mit guter Schulbildung, namentlich solche, die die Schulprüfung einer lehrerlosen Realschule oder die Abgangsprüfung einer Mädchenrealschule erstanden haben, in größerer Zahl als bisher einem handwerklichen Beruf zuwenden. Dies liegt nicht nur im Interesse des Handwerks und der gesamten Volkswirtschaft, die heute mehr als je auf Qualitätarbeit angewiesen sind, sondern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Schüler, denen sich hier ein Beruf bietet, der sie zu einer selbständigen, unabhängigen und deshalb in hohem Maße befriedigenden Lebensstellung führt. Bei der Ueberfüllung der geistigen und kaufmännischen Berufe sowie der mittleren Beamtenlaufbahn ist die Frage der Zuführung von Schülern höherer Lehranstalten zum Handwerk in gegenwärtiger Zeit von besonderer Wichtigkeit.

ep. Hundert Jahre Jugendfürsorge. Gleichzeitig mit der Baulinienpflege in Wimmenden feiert am 26. August dieses Jahres das Kindererziehungsheim in Korntal sein 100jähriges Bestehen. Die Anregung zur Gründung dieser Anstalt gab dem Gemeindevorsteher Hoffmann der Eindruck eines betelnden Häftlings Knaben, zu dessen Erziehung ein Aufseher aus Stuttgart einen Sechsböhrer stiftete. Infolge eines Aufrufs von Hoffmann, der viele und u. a. auch den König erreichte, konnte die „Große Anstalt“ für 10—14 bzw. 15jährige Knaben und Mädchen gegründet werden, der sich dann die „Kleine Anstalt“ für 2—6jährige Kinder in Korntal und ein Heim in Wilhelmsthal bei Ravensburg für die 7—10jährigen anschloß. Mehr als 2000 Jüglinge, zum Teil aus sehr schwierigen Verhältnissen kommend, haben nun in 100 Jahren diese Anstalten durchlaufen. Soweit ihre Entwicklung verfolgt werden konnte, sind viele anerkannt tüchtige Menschen geworden, während nur verhältnismäßig wenige ganz mißraten sind. Der Zustand der Gebäude gab in letzter Zeit den Anlaß, die Anstalt so umzubauen, daß eine mehr familienhafte Anordnung des Ganzen möglich wurde, außerdem wurde sie durch ein Heim für Schülertafel erweitert, das denselben teils für Ferientage, teils zu dauerndem Aufenthalt namentlich während der Lehrzeit dient. Das Jahresfest der Anstalt hat von jeher eine besondere Anziehungskraft auf weite christliche Kreise unseres Landes ausgeübt; man darf hoffen, daß das 100jährige Jubiläum zu einer besonderen Kundgebung ihrer tatkräftigen Treue wird.

— Ausdehnung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte. Das Staatsministerium hat durch Verordnung die Zuständigkeit der Gemeindegerichte in den großen und mittleren Städten, sowie in den Gemeinden 1. Klasse bis zu einem Streitwert von 200 000 M., in den Gemeinden 2. Kl. bis zu einem Streitwert von 150 000 M. und in den Gemeinden 3. Kl. bis zu einem Streitwert von 100 000 M. ausgedehnt. Gleichzeitig sind die Gebühren der Gemeindegerichte für die Erledigung eines Rechtsstreites durch Entscheidung bei einem Streitwert von bis zu 20 000 M. auf 2000 M., von mehr als 20 bis 50 000 auf 4000, von mehr als 50 bis 100 000 auf 7000, von mehr als 100 bis 150 000 auf 10 000, von mehr als 150 bis 200 000 auf 12 000 M. und die Gebühren für die Erlassung eines Zahlungsbefehls auf je ein Fünftel dieser Sätze festgesetzt worden. Die Verordnung tritt am 15. August in Kraft.

— Die Gemeindegetränksteuer. Die württ. Ministerien des Innern und der Finanzen veröffentlichten eine Volksgesetzgebung zu Art. 23 des neuen Gemeindesteuergesetzes, wodurch den Gemeinden das Recht eingeräumt wird, vom Beginn eines Kalenderjahres an Getränksteuer zu erheben auf den betriebl. Verbrauch von 1. Wein und weinhaltigen Getränken, 2. Obstmoß, Obstsaft und anderen weinähnlichen Getränken, 3. Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken, 4. Bier, 5. Trinkbranntwein. Steuerfrei ist der Verbrauch von Obstmoß, Obstsaft und Beerentwein im eigenen Haushalt oder Betrieb, außerdem der Verbrauch von Wein zu gottesdienstlichen Zwecken. Die Getränksteuer sind nach dem Klein-

...preis zu bemessen. Sie betragen 5 Prozent; der Schaumwein mit Ausnahme der Fruchtweine, bei Schaumweinalkoholischen Getränken und bei Ertragsweinen 15 Prozent des Kleinhandelspreises. Zur Entschädigung der Steuern ist verpflichtet, wer Feuerbare Getränke an einen Verbraucher zum betriebl. Verbrauch oder verschlossen abgibt oder wer als Verbraucher solche Getränke im Zeitpunkt der Einfuhrung der Steuer in der Gemeinde besitzt oder später von auswärts zum Verbrauch im eigenen Haushalt oder Betrieb bezieht. Beträgt die Steuer aus dem Gesamtvermögen weniger als das Zweifache der Briefgebühren, also bis zum 1. September weniger als 2000 Mk., so wird sie nicht erhoben. Zum Steuerwert gehört nicht der Wert der Verpackungen, Flaschen usw.

Salz, 6. Aug. (Wasserfall.) Von einem Wasserfall anfolgt wird die Unternehmung des Neckarkraftwerks in Salzig im sogenannten Denkenhauser Tälchen. Schon glaubte man nach einer Verbesserung des Untergrundes an dem Stauden das Werk in Salzig zu betreiben zu können, als bei der zweiten Fällung die Aufwände sich nicht als nicht genug erwiesen. Diesen Nachteil hofft man aber durch einfache Veränderungen zu beseitigen. Schlimmer aber war eine Unterwühlung des sog. Ueberleitkanals, dessen Boden und Mauerwerke besam und dann auf eine Länge von ca. 5-6 Meter durchbrochen und niedergelegt wurde. Dieses Loch zu verstopfen ging nicht an. Gestern waren viele Leute an Ort und Stelle, um die Unglücksstelle zu betrachten. Die Verbesserung wird einige Zeit in Anspruch nehmen und wiederum neue Kosten verursachen. Das ganze Gelände ist Aufschwemmungsgebiet und Baurat Hermann Oberndorf hat nicht umsonst gemahnt, aus diesem Grunde äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Stuttgart, 7. August. (Verbranntes Kind.) In der Kottstraße 33, 2 war durch zündende Kinder ein Zimmerbrand entstanden. Hierbei erlitt ein 3 Jahre altes Mädchen schwere Brandwunden, denen es in der Obhut des Städtischen Krankenhauses erliegt. Das Feuer wurde durch Hausbewohner gelöscht.

1 Pfund Schweinefleisch 166 000 Mk. Infolge des ungeheuerlich starken Anschwellens der Schlachtpreise hat die Stuttgarter Regierung die Schlachtpreise mit sofortiger Wirkung erhöht. Es kostet jetzt Ochsen- und Rindfleisch 160 000 Mk., Kalbfleisch erste Qualität 118-122 000, zweite 98- bis 102 000, Kalbfleisch 148 000, Schweinefleisch 165 000, Hammelfleisch 158 000 Mk. das Pfund.

Gewaltige Erhöhung des Preises für Gas und elektrischen Strom. Durch Beschluß der zuständigen technischen Abteilung des Gemeinderats wurde ab heute der Gaspreis für den Kubikmeter um 15 000 Mk. auf 23 000 Mk., die Kilowattstunde elektrischen Stromes zu Beleuchtungszwecken von 20 auf 50 000 Mk. und zu Kraftzwecken von 13 400 auf 34 000 Mk. erhöht.

Erbrückt. Auf dem alten Bahnhofgebiet waren Arbeiter damit beschäftigt, volle Kesselrollen auf einen Eisenbahnwagen zu verladen. Dabei kam eine derselben schrägs ins Rollen, ging über einen 61 Jahre alten verheirateten Tagelöhner hinweg und brachte ihn so schwere Anstöße bei, daß der Tod sofort eintrat.

Stuttgart, 7. August. (Ertrunken.) Beim Baden im Neckar ist der 22 Jahre alte Student Erwin Schmid aus Ebingen, der hier bei Verwandten zu Besuch weilte, vermutlich infolge eines Herzschlags ertrunken.

Göppingen, 7. August. (Eine gute Antwort.) Im Zusammenhang mit der Auflösung der sozialdemokratischen Vereinigung Schwabenland veröffentlicht das hiesige sozialdemokratische Organ ein Antwortschreiben des Oberamts an den Abg. Kinkel, das lautet: Sie haben heute vormittag so wohl an die Polizeidirektion als auch an das Oberamt Göppingen die telegraphische Anfrage gerichtet, warum nicht auch die „Freie Volkszeitung“ über das Sie betr. Strafverfahren unterrichtet worden sei und wer bezug welche Behörde eine andere hiesige Zeitung hiervon in Kenntnis gesetzt habe. Ich glaube nicht, daß Ihnen Ihre Eigenschaft als Landtagsabgeordneter das Recht gibt, einzelne Behörden und Beamte telegraphisch zur Rede zu stellen. Sie wollen daher Ihre Fragen schriftlich an diejenige Regierungsstelle richten, die Ihnen im Landtag Auskunft gibt. Amtmann Wendle.

Heilbronn, 7. August. (Zeitprozess.) Ein großer Abtreibungsprozess kam unter Ausschluß der Öffentlichkeit zur Verhandlung. 26, meist Frauen und Mädchen aus Badrang, wurden zum Teil mit Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 2 1/2 Jahren bedacht, zum Teil freigesprochen.

Gmünd, 7. Aug. (Scheckbeträger.) In Gmünd der Tageszeitungen erschien am 23. Juli ein Inserat, das ein Auffaufgeschäft für Gold- und Silberwaren zur Ausfuhr nach Amerika und England und die Aufzucht enthielt. Muster dem Auffäufer Rosen im Hotel Gmünd der Hof vorzulegen. Besprechungen der Vertreter mehrerer Gmünder Firmen mit dem vermeintlichen Auffäufer, der sich als Beauftragter einer Stuttgarter Handelsfirma W. J. Bennet u. Co. ausgab, waren dazu, daß sechs Firmen Schmuckwaren und Edelsteine im Wert von 800 Millionen Mk. verkaufen und Dollarschecks der Commerz- und Privatbank Hamburg auf die Bank Mendelssohn u. Co. in New York in Zahlung nehmen. Die Schecks sind gefälscht. Dem Betrüger sind 17 Anhänger mit Anzeigern und Tobias in Goldfassung, 10 Ringe aus Platin mit Berlin, Rosen, Brillanten und sonstigen Edelsteinen, ein silbernes Armband, ein Paar silberne Ohrgehänge, eine Kapselgarantur und ungefähre 20 Edelsteine, namentlich Topas, Smaragde, Aquamarin und Trisopras, durchweg erstklassige Ware, in die Hände gefallen. Als Täter ist der wegen Ähnlicher in Florzheim mit gefälschten Schweizerischen Schecks begangener Betrugsereignisse verurteilte 17jährige Kaufmannslehrling Wolfgang Deschler von Florzheim sehr beliebt. Deschler, der scheinbar etwa 23 Jahre alt und etwa 1.70 Meter hoch ist, dunkelblonde Haare hat

und schwarze Hornbrille trägt, ist flüchtig. Nur die Wiederbringung des erschwindelten Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen sind an das Württ. Landstrafgericht Stuttgart oder an die nächste Polizeibehörde zu richten.

Feldbetten, 7. Aug. (Unlängige Holzpreise.) Bei dem letzten Stammholzverkauf der Gemeinde wurden für 1 Hektometer taunenes Bauholz 23 Millionen Mark erzielt.

Dedheim, 7. August. Das 5jährige Söhnchen des Bahnhofsassistenten Nidhöfer geriet beim Spielen am Röhler in die Radstube der Mühle von Karl Heil, wurde vom Rad erfasst und so schwer verletzt, daß nach wenigen Stunden der Tod eintrat.

Kulendorf, 7. August. (Tötender Blitz.) Beim letzten Gewitter wurde der Reithändler Weber vom Blitz getötet, während seine Frau schwere Brandwunden erlitt. An ihrem Auskommen wird jedoch gezweifelt.

Mottenburg a. N. 7. August. (Todesfall.) Stadtschultheiß Binghamer ist in der medizinischen Klinik in Tübingen, in die er sich hatte aufnehmen lassen, um für ein langjähriges, auftretendes Leiden Linderung zu suchen, in seinem 56. Lebensjahre gestorben.

Niedlingen, 7. August. (Vergiftet?) Von der auf Markung Talhof Ode Hunderringen weidenden Schäferherde der Ww. Emhart mußten infolge Vergiftung vielleicht von rufloser Hand, 60 Stück Schafe notgeschlachtet werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ein neuer spanischer Botschafter in Berlin. Der spanische Botschafter in Berlin, Berenguer y Alfoya, wurde zu der spanischen Delegation beim Völkerbund versetzt. Zu seinem Nachfolger in Berlin ist Juanco de las Casas von der spanischen Botschaft in Washington berufen worden, der technischer Sachverständiger dazwischen war.

48 Tote beim Kreischer Eisenbahnunglück. Von den bei dem Kreischer Unglück Verletzten sind inzwischen in der Göttinger Klinik zwei weitere Personen gestorben, nämlich Kanzleisekretär Karl Denauer aus München und Lehrer Oscar Kroll aus Bad Tölz. Dadurch ist die Gesamtzahl der Toten auf 48 gestiegen. Die Toten sind nunmehr sämtlich erkannt. Der Zustand der Verletzten hat sich gebessert.

Das Vermögen Harding's. Wie es heißt, hat der Präsident Harding ein Vermögen von 7-800 000 Dollar hinterlassen. Die Zeitung „Marion Star“, die er vor seiner Präsidentschaft geleitet und vor kurzem verkauft hatte, brachte ihm 423 000 Dollar ein.

Der neue portugiesische Präsident. Der portugiesische Vertreter in London, Teixeira Gomez, ist mit 121 Stimmen zum Präsidenten der Republik Portugal gewählt worden.

Eine Familienschlacht. Der „Messaggero“ meldet aus Catania, daß in der dortigen Gegend zwei Bauernfamilien sich eine wahre Schlacht lieferten. Die Väter der beiden Familien wurden getötet und zwei junge Leute schwer verletzt.

Gemütsmenschen. In einer Güterlöcher Zeitung steht folgende Angelegenheit: „Gezunder Knabe von 2 1/2 Jahren aus Landwirtschaftsreisen gegen einmalige Vergütung von 5 Millionen zu verkaufen.“

Handel und Verkehr.

Künftige Berliner Devisenkurse vom Dienstag. Dollarstand: 3291750 G., 3308250 Br.

| | |
|---------------------|---------------------------|
| Amsterdam | 1296750 G., 1303250 Br. |
| Brüssel | 149625 G., 150375 Br. |
| Christiania | 528675 G., 531325 Br. |
| Kopenhagen | 598500 G., 601500 Br. |
| Stockholm | 872812 G., 877187 Br. |
| Tallin | 141645 G., 142355 Br. |
| London | 14962500 G., 15037500 Br. |
| Paris | 189525 G., 190475 Br. |
| Schweiz | 592515 G., 595160 Br. |
| Spanien | 462840 G., 465160 Br. |
| Deutsch-Oesterreich | 4688 G., 4712 Br. |
| Prag | 99750 G., 100250 Br. |
| Buenos Aires | 10047375 G., 1052625 Br. |

Buchhandelsindex. Die Schlüsselzahl für den Buchhandel ist vom Dienstag, den 7. August von 70 000 auf 80 000 erhöht.

Hautverfeinerung Stuttgart abgebrochen. Nachdem auf der Hautauktion am Dienstag die Käufelle verweigert waren, für welche gelöst wurde: unter 10 Pf. 680-799 000 Mk., über 10 Pf. 740-781 000 Mk., für Freffer 500 000 Mk., wurde im beiderseitigen Einverständnis die Verfeinerung abgebrochen und auf 12 August vertagt.

Stuttgart, 7. Aug. (Erhöhung der Schlachtpreise um rund 50 Proz.) Dem Schlachtpreis am Dienstag waren zugeführt: 28 Ochsen, 27 Bullen, 230 Jungbullen, 156 Jungrinder, 139 Kühe, 356 Kälber, 201 Schweine, 37 Schafe und 3 Fiegen, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: sehr lebhaft. Erlös aus 1 Str. Lebendgewicht in Millionen Mk.: Ochsen erste Qualität 9,4-9,6, zweite 8-9, Bullen erste 8,8-9,2, zweite 8,4-8,6, Jungrinder erste 9,6-9,8, zweite 9,1-9,4, dritte 8,6 bis 9, Kühe erste 7,6-8,4, zweite 7,2-7,6, dritte 6 bis 6,5, Kälber erste 10-10,5, zweite 9,5-9,8, dritte 9,3-9,4, Schweine erste 11,6-12, zweite 11,2-11,4, dritte 10-11.

Stuttgarter Obstpreise. Die außerordentlich reiche Steinobsternte, die in der gewaltigen Zufuhr von Pflaumen zum Ausdruck kommt, hat einen Rückgang der Preise gebracht. Für Pflaumen verschiedener Art wurden 12-18 000 Mk. verlangt, für Aprikosen 30 bis 35 000, Pfirsiche 28-35 000, Stachelbeeren 13 bis 14 000, Himbeeren 22-24 000, Heidelbeeren 20 bis 23 000 Mk.

Billere Wahrheiten!

In letzter Zeit wurden die Schuldhilfsämter von Stuttgart, ihren Oberämtern und den Milchbezugsgemeinden wiederholt aufgefordert, dafür zu sorgen, daß mehr Milch angeliefert wird. Um dieser Aufforderung Erfolg zu sichern, stieg ich in der Gemeinde herum und sprach mit vielen künigen Kuhhaltern, um sie zur Lieferung zu bewegen. Der Erfolg war gleich Null. Zeitweilig ist es aber, daß ich zu der Ueberzeugung kommen mußte, daß das Vorbringen der Leute gegen Milchlieferung sich haltig ist, und leider die Leute auch nicht mehr mit dem Hinweis auf Kinder und Kranke hierzu zu bewegen waren. Die Leute bringen, der eine dies, der andere jenes, in der Hauptsache aber folgendes vor:

1. Wenn wir noch Altensteig oder sonst wo hinkommen, so sind die Räden geschlossen oder gibt deren Besitzer nichts ab oder er verlangt direkt Dollar oder berechnet die Ware zum jeweiligen Dollarkurs und kommt so zu kaum erschwinglichen Riesensummen.

Folglich ist es doch nicht mehr wie recht und billig und für uns lebensnotwendig, daß wir entweder nichts abgeben oder auch nach Dollarrechnung bezahlt werden. Die Milchabgabe von Waren oder Milch haben uns Landleute diejenigen selbst gelernt, die nach Milch rufen.

2. In Altensteig z. B. sind sehr viele Grundstücksbesitzer, die viel Heu wachen und früher zwei, drei und noch mehr Kühe gehalten und jetzt herausgefunden haben, daß Grunderkaufen nach Dollar rentabler ist, als Kühe halten u. Milch liefern. Solche Leute gehören vom Milchbezug ausgeschlossen.

3. Die Milch wird monatlich bezahlt und bis zur Auszahlung in der Gemeinde verzögert sich durch Geldwechsel, Berechnungen noch um einige Tage und bis der Milchlieferant dann sein Geld bekommt und etwas kaufen will, muß er mit Schrecken wahrnehmen, daß er die Milch im Vormonat umsonst geliefert hat.

4. Der Milchpreis ist zu nieder, denn wenn ein Pächter 3 Hektar 30 000 Mk., eine Flasche Bier 28 000 Mk., ein Pfund Fleisch über 100 000 Mk. u. ein Pfund Schmalz sogar 280 000 Mk. kostet, und man daher noch die Preise der anderen Waren des täglichen Bedarfs vergleicht, so wären wir die größten Esel, wenn wir nicht in erster Linie unsere Milch für uns und unsere Familie verwenden würden, anstatt abzugeben gegen derart schlechte Bezahlung, daß wir kein gleichwertiges anderes Nahrungsmittel darum kaufen können. So und ähnlich bringt jeder Erzeuger, mit dem man spricht, etwas anderes vor. Wenn wir nun die einzelnen Vorbringen von Punkt 1-4 prüfen, so müssen wir sagen, es besteht tatsächlich ein schreiendes Mißverhältnis.

Zu Punkt 1 ist zu sagen, daß zunächst die Großindustrie u. der Großhandel angefangen hat, innerhalb des Deutschen Reichs mit fremder Währung, dem Dollar, Gulden, Pfund und Frank pp zu rechnen und nun der Kleinhandel und der Handwerker gezwungen ist, es ebenso zu rechnen, wenn er bestehen will. Daß diese Berechnung aber auch für Waren, die im Inland erzeugt werden, also nicht mit Devisenbezahlung spekuliert zu werden brauchen, von der Regierung gebildet wird, das ist unverständlich. Diese Berechnung ist ja ein schreiendes Unrecht der Kleinlandwirte sowie der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber, die alle nach entwerteter deutscher Papiermark entlohnt, ebenso gezwungen werden, nach Gold- und Dollarkurs einzukaufen. Dieser Volksteil ist der geprellte! Wenn wir das wollen, müssen wir einem Mann, der vor dem Krieg im Tag 4 Mk. verdiente und heute vielleicht 120-140 000 Mk. hat, pro Tag 2 1/2 Mk. Taglohn geben, dann kann er nach Gold- und Dollarkurs seinen Lebensunterhalt bestreiten. Es ist einfach ein Unbiling, daß gebildet wird, daß ein Volksteil innerhalb des Reichs nach Dollar rechnet und verkauft und der andere Volksteil nach entwerteter Mark entlohnt wird. Wo bleibt denn Recht und Gerechtigkeit? Wo ist denn die Regierung? Gegenwärtig darf das ganze deutsche Volk durch die Judenbrille sehen u. nur wenige merken es, daß mit Riesenschritten das eigene Volk gegeneinander geht und zum Untergang. Warum wird denn so schonend gegen die, meistens fremdaffigen Urheber des Dollarkollers, des Bankrotts und der Teuerung nicht mit den strengsten Mitteln vorgegangen. Die jetzigen Strafen erfüllen ihren Zweck nicht. Wir haben doch noch Gewehre und auch Lugelichte Wände; da gehören sie kurzerhand davor gestellt. Schadet es, wenn einige hundert solcher Hyänen verschwinden, nachdem im Reiche Millionen von guten Deutschen ihr Leben für das Vaterland gelassen haben? Leider ist es Tatsache, daß wir von einem Volksteil an der Nase herumgeführt werden, der nur darauf wartet, bis Deutschland vollends im Sumpf ist, um dann im Trüben fischen zu können. Zu Punkt 2 will ich nicht sagen, denn dieser Punkt sagt alles selbst. Zu Punkt 3 bin ich der Ansicht, daß täglich zu zahlen sehr wohl möglich ist und dies in Wilddad für die Gemeinden des Calwer Bezirks längst eingeführt ist. Die Warenpreise laufen heute geradezu davon und man erlebt täglich Wästen des Aufschlags, wobei z. T. so zu Mark gegangen wird, daß der Friedenspreis verdoppelt und dann der Dollarkurspreis berechnet wird. Erfolg dann einfach großartig! Im Kaufsaden müssen die Dollarkurspreise heute bar bezahlt werden, also gebt dem Landwirt auch Barzahlung. Zu Punkt 4 bezüglich der Preisfestsetzung muß jeder vernünftige Mensch zugeben, daß solcher zu nieder ist. Warum darf denn derjenige, der Waren fabriziert, die ebenfalls zum Lebensunterhalt der Menschen dringend nötig und unentbehrlich sind, so kassulieren wie er es für nötig findet, während man andererseits dem Bauern sagt, der hat zu liefern und so viel bekommt du. Wäre im Bauernstand dieselbe Prozentzahl fremdaffiger Elemente, wie in Industrie und Handel, wäre es längst anders. Wenn Zwangswirtschaft sein muß, dann für alles oder für nichts. Also weg mit Milchzwangswirtschaft oder so einen Preis einsetzen, daß bei Weigerung die Staatsgewalt auch wirklich und mit gutem Gewissen ihre Autorität und Straf-



gewalt wirken lassen kann. Die jetzigen, wachsenden Zustände sind unhaltbar. Nicht der Staat Zwangswirtschaft, so mag er auch selbst und durch seine Beamte solche durchführen und nicht immer uns Gemeindefunktionäre als Staatswachen gegen die Bürger hegen. Alles Einschieben erübrigt sich von selbst, wenn den Leuten Recht widerfährt. Nichts ist peinlicher für uns Gemeindefunktionäre, als einschreiten zu sollen, obwohl wir überzeugt sind, daß den Leuten Unrecht geschieht.

Simmelsfeld, den 7. August 1923. M t.

Letzte Nachrichten.

Eine Einschränkung des Personenverkehrs.

Berlin, 7. Aug. Die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit alle Kräfte der Eisenbahn für die Beförderung der lebenswichtigen Güter, besonders der Getreide, einzusetzen, wird zu Einschränkungen des Personenverkehrs führen müssen. Der Reichsverkehrsminister unterzog daher die Forderung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen gründlich. Weitere Einschränkungen werden nach Maßgabe der Verkehrs-lage folgen. Die Bestimmungen des Reichsverkehrsministers können unterstützt und lästiger Maßnahmen verhindert werden, wenn nicht in der Öffentlichkeit der Gedanke durchdringt, daß die Zeit nicht dazu angeht, die Zeit zu feiern und Luxuspartys zu unternehmen, auch Versammlungen zu wirtschaftlichen und ähnlichen Zwecken sollten auf bessere Zeiten verschoben werden.

Der Reichsbank 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung gestellt.

Berlin, 7. Aug. Die Industrie, der Handel und die Banken haben es übereingekommen, der Reichsbank gegen Dollarfahrgewährungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt. Damit ist die aufgelegte Dollarfahrgewährungsunterstützung der Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung notwendiger Lebensmittel dienen, wobei insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide sichergestellt ist.

Der Abgabe der britischen Antwort an Frankreich.

Berlin, 8. Aug. Weiter meldet: Das britische Kabinett wird in der heutigen Zusammenkunft wahrscheinlich die Antwort erwägen, die an die franz. Regierung bezüglich

der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen gefandt werden soll. Diese Antwort wird Frankreich mit Sicherheit am Mittwoch übermittelte werden. Es wird jetzt erklärt, daß die britische Dokumente nicht vor der Kabinettsitzung veröffentlicht werden sollen und daß sich die Veröffentlichung verzögert bis zur nächsten Woche hinziehen wird. Ferner verlautet, daß die japan. Antwort auf den britischen Entwurf an Deutschland und auf die Rantelnote durch den jap. Botschafter in London, dem Foreign Office übermittelte wurde. Die Antwort zeigt, daß die jap. Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im Wesentlichen übereinstimmt.

Die „Press-Association“ meldet, daß die britische Antwort auf die letzte franz. Note nahezu fertiggestellt ist und wahrscheinlich in der heutigen Sitzung des Kabinetts erwogen werden wird. Es steht noch nicht fest, ob Großbritannien Separatantworten auf die belg. und ital. Bemerkungen zum britischen Antwortentwurf sendet wird.

In gut unterrichteten Kreisen wird lt. „Morning Standard“ bezweifelt, daß es zu einer Regelung zwischen Lord Curzon und Poincaré kommt.

Dem besetzten Gebiet.

Offen, 7. August. Bei der Besetzung der Reichsbank in Gelsenkirchen spielten sich wüste Szenen ab. Die Streikpassanten, die sich gerade in der Nähe der Reichsbank befanden, wurden mit Fausttritten und Pöschchenwüden mißhandelt und weggetrieben.

Düsseldorf, 7. Aug. In Ranten sind, wie die Blätter melden, von der belgischen Besatzungsbehörde Lebensmittel, die vom Roten Kreuz für die minderebemittelte Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden waren, beraubt worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die unverzügliche Freigabe der Lebensmittel gefordert.

Salzwitzhofen, 7. August. Beim Ueberschreiten der Rheinbrücke von Mannheim nach Salzwitzhofen wurden Polen der Badischen Küssen- und Sodaabrik von den Franzosen angehalten, wobei ihnen 8 Millionen Reichsmark abgenommen wurden.

Frankfurt a/M., 7. Aug. Heute Abend 6 Uhr ist der Bahnhofsverkehr von den Franzosen eingestellt worden. Mehrere Einzelzeiten fehlen noch, da die Telephonverbindungen vorläufig abgeschnitten sind.

Freilassung der deutschen Geiseln.

Berlin, 7. August. Ulanmäßig ließ die franz. Regierung sowohl im Rheinland, wie im Ruhrgebiet eine

große Anzahl deutscher als Geiseln festzunehmen, um dadurch die Freilassung von Franzosen zu erreichen, gegen die in Deutschland ordentliche Gerichtsverfahren wegen gewöhnlicher Straftaten schweben. Die deutsche Regierung legte gegen dieses völkerrechtswidrige Verfahren in Paris Beschwerde ein. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung haben nunmehr zur Freilassung der deutschen Geiseln geführt. Wenn es auch trotz allen Bemühungen nicht gelungen ist, sämtliche in diesem Zusammenhang von den Franzosen festgenommenen Geiseln namentlich zu ermitteln, erscheint doch die Annahme gerechtfertigt, daß nunmehr keine Deutschen mehr zur Vergeltung für die Verhaftung von den Franzosen festgehalten werden, auch nicht für den in Frankreich stehenden Reichsangehörigen Schulbis. Deutschland hat sich verpflichtet, um das Verfahren gegen Schulbis und gegen die festgenommenen Franzosen zu beschleunigen.

Streik und Ausperrung.

Berlin, 7. August. Paul „Vorwärts“ hat heute morgen der Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie mit starker Beteiligung auf der ganzen Linie eingeleitet. Die Drohung der Metallindustrie, die Arbeitseinstellung der Angestellten, die Betriebe zu schließen, und die Arbeiter auszusperrern, ist in verschiedenen Betrieben verwirklicht worden. Bis jetzt sind etwa 60—70 000 Metallarbeiter aufgesperrt.

Ein Ueberläufer verurteilt.

Dessau, 8. Aug. Der Ferienenat des Reichsgerichtes hat den Dreher Gerhard Sterg aus Magdeburg wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Sterg war im März 1916 in der Champagne von einer Wache weg zu den Franzosen überlaufen und hatte diesen die deutschen Stellungen verraten. 1920 leitete Sterg von der G.S. (S. S.) zurück und wurde im Dezember 1922 wegen Verrats verhaftet. Der Angeklagte war geschuldig. Der Reichsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Unmäßliches Wetter.

Von Westen her ist eine neue Störungszone nach Süddeutschland vorgedrungen, die für Donnerstag gewittriges, sturmweises regnerisches und etwas kühleres Wetter im Gefolge haben wird.

Für die Schlichtung verantwortlich: Ludwig Lauf.
Druck am 9. I. 1923. „Vorwärts“ in Badstrasse 117

Allgem. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Magold.

Ab 6. August wird die am 31. Juli veröffentlichte Einstufungstabelle u. s. w. folgendermaßen ergänzt: (Verordnung d. Reichsarbeitsministers v. 31. Juli 1923 — R G Bl. S. 758 u. Beschluß d. Rassenvorstands v. 8. Aug. 1923.)

| Stufe | Bei einem Verdienst von: | | | ergibt sich ein: | | | Anteil des | | Tages- Beitrag | Anteil des | | Sterbe- geld |
|-------|--------------------------|--------------------|--------------------|------------------------------|-------------|-----------------|------------------|------------------|----------------|------------------|------------------|--------------|
| | wochent- äglich bis zu | monat- lich bis zu | monat- lich bis zu | Gehalt auf den Kalender- tag | Grund- lohn | Wochen- beitrug | Arbeits- gebens- | Arbeits- nehmers | | Arbeits- gebens- | Arbeits- nehmers | |
| M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. | M. |
| 15 | 220 500 | 1 323 000 | 5 670 000 | 189 000 | 180 000 | 94 500 | 31 500 | 63 000 | 13 500 | 4 500 | 9 000 | 3 600 000 |
| 16 | 267 166 | 1 603 000 | 6 870 000 | 229 000 | 210 000 | 110 250 | 36 750 | 73 500 | 15 750 | 5 250 | 10 500 | 4 200 000 |
| 17 | | | bei mehr | | 240 000 | 126 000 | 42 000 | 84 000 | 18 000 | 6 000 | 12 000 | 4 800 000 |

Die den neuen Grundlöhnen entsprechenden Leistungen werden ab 13. August gewährt.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, je die ab 30. Juli und ab 6. August geltenden Löhne, soweit noch nicht geschähen, alsbald der Krankenkasse anzuzeigen.

Magold, 8. August 1923.

Vors. d. Vorstands: Flg.

Verwalter: Benz.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, unser lieber Vater, Groß-, Schwiegervater und Bruder

Joh. Gg. Seeger
Holzhauer

heute Vormittag um 11 Uhr im Alter von 64 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.

Reutweiler, 7. August 1923.

Berdigung am Donnerstag Mittag 1 Uhr.

Spier- Werkzeuge

Sie stellen
Transeln
Anziehbügel
Deckentragen
mit Düse
Epackeln
Gypsereisele
Gypshammer
und Beile

bestes Degginger Fabrikat
empfiehlt

Henkler
Eisenwaren- handlung

Herrenstiefel
nen, Größe 45—48,
sind preiswert abzugeben.
Anzusehen bei
Joh. Kalmbach
Rosenstraße.

Schöner, deutscher
Doggen-Rüde
geld, 5 Monate alt, schon
sehr wachsam, wird billig ver-
kauft von
Geis Böhler jr.
Altensteig.

Schmier-Oele

sowie alle sonstigen
Spezial-Oele
kaufen Sie vorteilhaft in jedem
Quantum bei
Wilhelm Frey, Altensteig

Butter-Pergament

und
weiss
Einwickelpapier
sowie

Packpapier

empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlg.
Altensteig.

Hirsch-Café

Täglich Vanille-
und Fruchteis

Hirsch-Café

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte
u. Private liefert schnell
und preiswert die

W. Rieker'sche Buchd.

Wasserkraftwerk, Baustelle Berned
sucht für sofort noch 20 bis 25
tüchtige Erdarbeiter.